



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 5. April 1889.

Nr. 161.

Deutschland.

Berlin, 4. April. Der Kaiser hat dem Fürsten Bismarck zu dessen Geburtstag u. A. einen schönen, alten Kupferstich geschenkt, der einen Vorfahren des Fürsten, einen Bruder seines Urgroßvaters, des 1697 geborenen Comprosses Georg Friedrich v. Bismarck darstellt. Ein prächtiger Eichenholzrahmen zeigt das alte Wappen des Fürsten, das Kleeblatt mit den drei Eichenblättern, sowie die kaiserliche Widmung.

Der Kaiser hat aus Anlaß des Unglücks bei Samoa folgenden Erlaß an den kommandierenden Admiral der Marine, Vize-Admiral Freiherrn v. d. Goltz gerichtet:

Ein verheerender Dölan hat Meinen bei den Samoa-Inseln stationierten Schiffen und Fahrzeugen schwere Verluste zugefügt. Der Kreuzer „Adler“ und das Kanonenboot „Eber“ sind mit Theilen ihrer Besatzungen gesunken, die Korvette „Olga“ ist auf Strand gerathen und hat schwere Beschädigungen erlitten. Mit Meiner Marine beklage ich den durch die unerforschliche Fügung Gottes über dieselbe verhängten Verlust an vielen Offizieren und Mannschaften tief. Er bewegt mich um so schmerzlicher, als ich aus den Vorgängen bei Apia am 18. Dezember v. J. weiß, daß ich brave, unerschrockene Männer verloren habe, welche ihr Leben in treuer Pflichterfüllung für Kaiser und Reich voll eingesetzt hatten. So erschütternd aber auch die Folgen des Alles verheerenden und vernichtenden Dölan gewesen sind, so erwarte ich von Meiner Marine, daß sie durch solche Unglücksfälle sich nicht an dem Vertrauen zu ihrer geistlichen Entwicklung wird erschüttern lassen. Möge das Beispiel der für ihren Kaiser und ihr Vaterland bis zum letzten Augenblick treu ihre Pflicht erfüllenden Dahingegangenen Meiner Marine für alle Zeiten zum Nachsichern voranleuchten; und sie dadurch befähigen, ihre vielfachen Aufgaben zum Heile und zur Erhöhung des Ruhmes des Vaterlandes mit dem Geiste der Hingabe und Treue, der sie so hoch ausgezeichnet, auch ferner zu erfüllen. — Sie haben diesen Meinen Erlaß zur Kenntniß Meiner Marine zu bringen. Berlin, den 2. April 1889. Wilhelm.

Kaiserin Friedrich begab sich heute Vormittag 10 Uhr mit den Prinzessinnen-Töchtern sowie der Herzogin von Edinburg von hier nach Potsdam, um dort die Gruft ihres hochseligen Gemahls in der Friedenskirche zu besuchen. Mittags kehrte die Kaiserin mit dem fahplanmäßigen Zuge wieder nach Berlin zurück.

Zu Ehren des Kaisers während dessen Anwesenheit in England im kommenden Sommer soll bei Spithead eine englische Flottenschau abgehalten werden. An derselben werden 26 Panzerschiffe und gepanzerte Kreuzer und 29 andere Kreuzer theilnehmen. Die Besatzung der Panzerschiffe und gepanzerten Kreuzer beläuft sich allein auf 12,000 Mann. Zu allen diesen Schiffen gesellen sich noch 5 Küstenverteidigungs-Panzer-Schiffe, 30 Torpedoboote und 28 Kanonenboote. Die eigentlichen Flottenübungen werden 3 bis 4 Wochen dauern.

Aus Braunschweig wird gemeldet, daß im Schloß daselbst Vorbereitungen zum Empfang des Kaisers getroffen werden, welcher am 8. Mai, dem Geburtstage seines Oheims, des Prinzregenten Albrecht, nach Braunschweig auf zwei Tage zu kommen gedenkt.

Aus Darmstadt liegt die Meldung vor, daß der Kaiser im Laufe des Monats Mai dort eintreffen werde, um mit dem Großherzog an der Einweihung einer Kirche in Oppenheim theilzunehmen.

Die „offizielle“ „Luxemburger Zeitung“ schreibt: Da vor dem Zusammenritt der Kammer erst in Amsterdam die Würfel gefallen sein müssen und die den Generalstaaten unterbreiteten Altensätze auch hier erst gewissenhaft geprüft werden müssen, so dürfte sich die Ankunft des Herzogs Adolf von Nassau noch einige Tage hinziehen.

Aus Berlin wird der „Köln. Ztg.“ berichtet, der Sozialisten-Gesamtwahl wird, wie man in Bundesrathskreisen glaubt, heute die Zustimmung des Bundesraths nicht erhalten und dem Reichstage vor der Osterpause keinesfalls zugehen.

— Boulanger hat doch seine Flucht nach

Belgien jedenfalls die „Komödie der Weltgeschichte“ um ein neues Kapitel bereichert. Es fehlte nur noch, daß der General in der That auch wegen eines Kupfertrachs oder vielmehr wegen eines Goldtrachs in seinen Finanzen „gerüdt“ ist. Wie der „Sotr“ meldet, dürfte Boulanger so bald wie möglich Belgien verlassen und nach England oder Amerika gehen, um seinen zahlreichen Gläubigern und der Abwicklung großer Engagements bei französischen Bankiers auszuweichen.

Telegraphisch wird gemeldet:

Paris, 3. April. Der Ministerrath wird morgen Vormittag über die Frage Beschluß fassen, ob in der Kammer die Forderung zum gerichtlichen Einschreiten gegen Boulanger „unverzüglich“ eingebracht werden solle.

Paris, 4. April. Das Boulangeristen-Komitee erläßt eine öffentliche Erklärung des Inhalts, daß es mit allen gegen vier Stimmen sich für die Nothwendigkeit der Abreise Boulangers entschieden habe, weil dessen Freiheit und Leben von den parlamentarischen Parteien bedroht worden sei, welche zu Allem entschlossen seien, um die Regierung in Händen zu behalten. Die Zeitungen veröffentlichen vom 14. März datirte Briefe Laisant's, Naquet's und Laguerre's, in welchen sie Boulanger auffordern, abzureisen.

Die Ansichten der Pariser Zeitungen über Boulangers Abreise sind sehr getheilt und widersprechender Art. Die Opportunisten und Radikalen betrachten dieselbe als das Ende des Boulangerismus, erklären jedoch, daß die Regierung dessenungeachtet mit der gerichtlichen Verfolgung fortfahren müsse. Das „Journal des Debats“ sagt, da Thorheiten und Unberücksichtigungen einen Anderen zu Grunde gerichtet haben würden, Boulangers Schuld gemacht hätten, könne man nicht voraussetzen, daß dieser letzte Beweis seiner Schwäche seinen Untergang oder auch nur eine Verminderung seines Prestige zur Folge haben würde. Der „Figaro“ sagt, daß die Zukunft allein zeigen werde, wer Recht habe, ob diejenigen, welche seine Flucht billigten, oder diejenigen, welche sie verurtheilten.

Der norddeutsche Flopddampfer „Lübeck“, welcher ungefähr am 30. v. M. in Apia mit den Ergänzungsmannschaften für die „Olga“ eingetroffen ist, befindet sich wahrscheinlich bereits zur Zeit mit den Gezeiten vom „Adler“ und „Eber“, welche naturgemäß nach Deutschland zurückkehren, auf der Rückfahrt nach Sydney. Eine positive Meldung hierüber liegt zwar nicht vor; aber es ist anzunehmen, daß Korvetten-Kapitän Frihe den Rücktransport angenommen hat, ohne den Befehl dazu aus Berlin abzuwarten, da die betreffenden Mannschaften andernfalls einen vollen Monat länger in Apia verweilen müßten.

Neueren Nachrichten zufolge scheint es, daß der Dölan, welcher eine so verheerende Wirkung in Apia hatte, im ganzen südlichen Stillen Ozean mehr oder weniger wüthete und sich östlich von Samoa bis zu den Hervey- und Gesellschafts-Inseln, eine Entfernung von über 1200 geographischen Meilen, ausdehnte. Bei Raratonga (Hervey Inselgruppe) scheiterte das amerikanische Schiff „Red Crof“, von Newcasle (Neufundland) nach San Francisco unterwegs, aber die Mannschaft wurde gerettet. Ein ähnliches Schicksal hatte das Schiff „Ala Owen“ bei Nuara; die Mannschaft kam in diesem Falle ebenfalls mit dem Leben davon. Großer Eigenthumschaden wurde auch in Papietea, auf den Gesellschafts-Inseln, angerichtet, aber es ist kein Verlust von Menschenleben zu beklagen. Trümmer des britischen Schiffes „Eunlin“, von Newcasle nach San Francisco unterwegs, wurden in Atutaki, einer der am nördlichsten gelegenen Inseln der Hervey-Gruppe, gesehen, und es wird befürchtet, daß alle an Bord befindlichen Personen umgekommen sind.

Ausland.

Paris, 3. April. In der Verhandlung gegen die Patriotenliga sprach heute der Staatsanwaltschaftsvertreter Lombard. Als er sagte, die Angeklagten seien keine Republikaner, entwickelte sich ein heftiger Zwischenfall. Laguerre erhob sich und rief: „Ich lasse nicht sagen, daß ich kein Republikaner bin.“ Lombard: „Und ich erlaube Ihnen nicht, mich zu unterbrechen.“ Deroulede: „Sie sind dumm und rüchisch.“ Laisant:

„Man verurtheile uns, aber man zerze uns nicht in den Roth!“ Naquet: „Lassen wir doch diesen Herrn geistern, wie es ihm beliebt.“ Lombard beantragt Naquet's Bestrafung wegen dieser Beleidigung, Naquet nimmt auf Vorstellung des Vorsitzenden seinen Ausdruck zurück, den ihm der Unwille entriß. Laguerre: „Ich verlasse den Saal, wenn der Staatsanwalt diesen Ton beibehält.“ Deroulede: „Gehen wir fort.“ Schließlich beruhigen sich die Angeklagten auf Zureden des Vorsitzenden und Lombard kann die Anklage weiter entwickeln.

Stockholm, 3. April. Der König verlieh dem Großherzog von Baden den Rang eines Generals der schwedischen Armee.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 5. April. Auch die gestrige Sitzung der Stadtverordneten bot wieder in ihrer Tagesordnung eine Reihe wichtiger Vorlagen, zum größten Theil solcher, die in der letzten Sitzung verlagert wurden. — Vor der Sitzung lagen in einem Kommissionssaale die Zeichnungen der Fortbildungsschulen aus und wurden beschäftigt, die Zeichnungen sind theilweise ganz vorzüglich ausgeführt. Die Prämierung der Schüler erfolgt Sonntag Vormittag 11 Uhr. Was die gestrige Sitzung betrifft, so hat lange keine so heftige Debatte mit persönlichen Angriffen aller Art stattgefunden, als sie sich gestern bei der Vorlage betreffend den Anbau an der Barnimsschule entwickelte. Diese Debatte war so umfangreich und zeitraubend, daß wiederum nicht alle Vorlagen der Tagesordnung erledigt werden konnten und einige wichtige Gegenstände bis zur nächsten Versammlung verlagert werden mußten. Wir berichten zunächst über die erwähnte Vorlage:

In der Sitzung vom 20. Dezember wurde einem Antrage der Finanzkommission gemäß beschloffen, bei der Barnimsschule einen Anbau mit 9 Klassen in der Weise auszuführen, daß von demselben die ganze Länge der Petrihofstraße eingenommen wird und beantragte Herr Lenz, in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehle, die Treppenaufgänge nach außen in einen besonderen Anbau zu legen. Die Deputation und der Magistrat hat die Zweckmäßigkeit eines solchen Anbaues anerkannt, obwohl derselbe einen Mehraufwand von 5000 Mark verursacht und es wird nun beantragt, das Projekt mit dieser Aenderung zu genehmigen und die Baukosten mit 73,000 Mark definitiv zu bewilligen.

Herr Dr. Kollisch hebt verschiedene Mängel und Unregelmäßigkeiten hervor, welche in der Barnimsschule sich zeigen sollen, auf welche Herr Schulrath Dr. Krosta erwidert, daß die angeregten Mängel in keiner Weise existirten und er wundere sich, daß veraltete Ausführungen, die von Unkenntnis der Verhältnisse zeugten, in der Versammlung gemacht würden. Redner sucht im Weiteren die Beschuldigungen zurückzuweisen, welche in letzter Zeit gegen die Schulverwaltung ohne jede tatsächliche Unterlage erhoben seien, obwohl in allen höheren Instanzen bereits mehrfach anerkannt sei, daß die hiesigen Schulverhältnisse in jeder Weise zur größten Zufriedenheit der Oberbehörde geregelt seien. Redner geht noch näher auf Verdächtigungen ein, die in letzter Zeit speziell von dem Vorredner gegen die Schulverwaltung erhoben seien und wendet sich dabei wiederholt gegen die Person des Dr. Kollisch.

Herr Sieber hält es für das beste Zeugniß für die Mittelschulen, daß die öffentliche Meinung so für dieselben sei und die Bürger gerne ihre Kinder in diese Schulen schickten.

Herr Dr. Kollisch sucht die von ihm schon wiederholt angeführten Mängel in den Mittelschulen nachzuweisen und die gegen seine Person gemachten Beschuldigungen zurückzuweisen.

Die Debatte nimmt wiederholt einen sehr heftigen Charakter an, es fallen persönliche Angriffe gegen die Herren Dr. Kollisch und Malkewitz, welche es an Erwidrerungen nicht fehlen lassen, und wird die Stimmung der Versammlung eine äußerst erregte.

Herr Dr. Dohren macht Mittheilung von den statistischen Nachweisungen, die von Herrn Schulrath Dr. Krosta auf Antrag des Herrn Dr. Kollisch ausgearbeitet sind und durch welche

Redner nachweist, daß die von Herrn Dr. Kollisch früher behauptete Ansicht, in den Mittelschulen fände eine künstliche Ueberfüllung der Klassen statt, in keiner Weise zuträffe. Wenn von Herrn Dr. Kollisch geklagt werde, daß der englische Unterricht in den Mittelschulen zwar fakultativ sei, aber trotzdem von fast allen Schülern besucht werde, so sei dies bedauerlich, denn wolle man den Verhältnissen in hiesiger Stadt Rechnung tragen, so müsse der englische Unterricht obligatorisch gemacht werden; Redner habe dies schon lange in der Schul-Deputation befürwortet. Wenn Herr Dr. Kollisch früher geklagt habe, daß die englische Stunde zwischen die übrigen Stunden gelegt sei, so geschehe dies eben, weil sich kein Schüler von dem englischen Unterricht ausschleife. Ebenso sei der von Herrn Dr. Kollisch monirte Uebelstand, daß so viele Schüler aus der einen Mittelschule in die andere übertraten, in keiner Weise vorhanden. Redner verliest sodann einige Zuschriften aus Lehrerkreisen, welche sich auf die letzten Debatten in der Versammlung über die Schulverhältnisse beziehen und durch welche eine Anzahl von nicht zutreffenden Behauptungen richtig gestellt werden. Redner glaubt, daß aus allen diesen Mittheilungen ersichtlich sei, daß die Verhältnisse der Mittelschulen nicht ungeheuerlich und ungebührlich seien.

Herr Dr. Kollisch sucht nachzuweisen, daß alle von ihm gerügten Uebelstände zuträfen und auch durch die statistischen Mittheilungen des Herrn Schulrath sei dies zum größten Theil erwiesen. Die persönlichen Anschuldigungen, welche gegen den Redner gemacht seien, müsse er entschieden zurückweisen; es seien nichts als Verdrehungen und Verdächtigungen, und er behaupte, daß sich der Herr Schulrath gegen ihn zu ganz unparlamentarischen Ausdrücken habe hinsetzen lassen. Redner habe in Allem nach reiflicher Untersuchung den Thatsachen entsprechend seine Ansicht mitgetheilt und die von ihm gefundenen Uebelstände gerügt; er müsse gegen alle ihm gemachten Unterschiebungen protestiren.

Herr Dr. Kollisch weist nach, daß eine Anzahl der von Herrn Dr. Kollisch vorgebrachten Montras gegen die Verhältnisse der Mittelschulen thatsächlich erwiesen seien, und zwar aus den Ausführungen der Herren Dr. Krosta und Dr. Dohren. Redner hält es für besser, wenn die Mittelschule in eine höhere Bürgerschule umgewandelt würde.

An der weiteren Debatte, welche an Erregtheit nichts zu wünschen übrig läßt, theilnehmen sich noch die Herren Dr. Kollisch, Sieber und Dr. Dohren, es wird sodann ein Schlußantrag angenommen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird zur Abstimmung über die Vorlage des Magistrats geschritten und dieselbe mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Wir haben bereits über den neuen vom Magistrat entworfenen Plan der städtischen Kanalisation mit Klärstationen berichtet, darnach verpflichtet sich die Stadtgemeinde, Klärstationen zu errichten:

- 1) für die Stadtheile an der Galtwiese, Torney und Westend auf der Galtwiese;
- 2) für den Stadtheil Gränhof in Gränhof. Die Reinigung der Kanalwässer soll zunächst auf nur mechanischem Wege erfolgen;
- 3) für einen Theil der Altstadt vor dem Königs- und Berlinerthor. Die Klärung erfolgt auf mechanischem und chemischem Wege. Die genaue Abgrenzung der drei Sektionen bleibt dem definitiven Projekt vorbehalten. — Dagegen sollen ohne Klärung der Kanalwässer nachstehend bezeichnete Stadtheile in die Ströme entwässern;
- 4) die tiefliegenden Stadtheile am linken Oderufer mit einem Theil der Altstadt und Fort Preußen, deren Kanalwässer ohne Parallel-Kanal und Pumpstation nicht geläutert werden können;
- 5) die Stadtheile auf dem rechten Oderufer, Laßabie und Silberwiese.

Zur weiteren Förderung der Angelegenheit bedarf es nun zunächst eines Stadtverordneten-Beschlusses, durch welchen die vom Magistrat gemachten Vorschläge 1—5 zum Kommunalbeschluß erhoben werden und ersucht der Magistrat, dem zuzustimmen, damit die Vorlage demnächst höheren Orts eingebracht werden kann.

Herr Justizrath Werner, welcher über die Vorlage referirt, berichtet eingehend über die

Verhandlungen, welche zwischen den Behörden stattgefunden haben und hebt dabei hervor, daß die neuen Untersuchungen des Wassers auf's Neue ergeben haben, daß das Wasser in keiner Weise durch das Einlassen der Kanalwässer schlechter werde. Rechner geht sodann auf eine nähere Detailirung der vom Magistrat gemachten fünf Vorschläge ein und empfiehlt namens der Finanzkommission, dem Projekt zuzustimmen. Dies geschieht seitens der Versammlung ohne Debatte.

Aus Anlaß der nicht genügend erläuterten Vorlage betreffend Bewilligung von 400,92 Mark zur Erstattung für Hergabe von Holz aus dem Revier Ruffow beantragt die Finanzkommission, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung Vorlagen so zugehen zu lassen, daß sie in sich verständlich sind. — Die geforderte Summe wird bewilligt und der Antrag der Finanzkommission genehmigt.

Der Magistrat ist f. J. ersucht worden, wie es mit der Sicherheit in der Stadt bei Feuergefahr stehe und ob die Beschaffung einer Dampfspritze notwendig erscheine. Der Magistrat hat darauf einen ausführlichen Bericht erlassen, in welchem er erklärt, daß sich die Feuerlösch-Einrichtungen gegen früher bedeutend gebessert hätten, ihm erscheine auch die Beschaffung einer Dampfspritze, welche einen Kostenaufwand von 2000 Mark verursachen und außerdem die Unterhaltungskosten sehr hoch kommen würden, da zwei Personen zur Bedienung der Spritze angestellt werden müßten und da die jetzt vorhandenen Lösch-Einrichtungen vollständig, selbst bei größeren Bränden, ausreichen würden, daß f. J. die Beschaffung einer Dampfspritze noch nicht nöthig erscheine.

Herr Direktor Bärker tritt unter Hinweis auf die Verhältnisse gleich großer Städte für die Beschaffung einer solchen Spritze ein und Herr Justizrat Werner beantragt, die Beschaffung zu beschließen. Herr Domde beantragt, den Magistrat zu ersuchen, nochmals in Erwägung zu ziehen, ob die Beschaffung nöthig und glaubt, daß es angemessen erscheine, wenn der Magistrat die größeren Assuranz-Gesellschaften anhielt, zu dieser Spritze größere Beiträge zu bewilligen; ferner beantragt Rechner, daß auch die Apparate zur Rettung von Menschen bei Bränden einer Ergänzung bedürfen und er bittet den Magistrat, hierauf Rücksicht zu nehmen.

Herr Stadtrath Bod hält es nicht für geboten, die Nothwendigkeit der Beschaffung einer Dampfspritze zur Zeit anzuerkennen; was die Beiträge von Feuerversicherungs-Gesellschaften betrifft, so erscheine es dem Ansehen der Stadt gegenüber nicht für geboten, von Privat-Personen Unterstützungen für kommunale Einrichtungen anzunehmen.

Herr Dr. A. Melung befürwortet den Antrag des Herrn Domde, spricht sich aber dagegen aus, daß die Hilfe der Assuranz-Gesellschaften in Anspruch genommen werde.

Herr Dr. Bärker spricht sich in gleichem Sinne aus und erklärt, daß die Gegenleistung der Assuranz-Gesellschaften für eine Verbesserung der Lösch-Einrichtungen in der Ermäßigung der Prämien bestehe.

Der Referent, Herr F. Lenz, geht näher auf die hiesigen Lösch-Einrichtungen ein; die jetzt angestellten Mannschaften müßten zur Bedienung der vorhandenen Spritzen verbleiben, bei Anschaffung einer Dampfspritze müßte ein Maschinist und ein Heizer, event. noch ein Stellvertreter neu angestellt und nur zur Bedienung der Spritze verwendet werden. Ferner frage es sich, ob in dem Feuerwehrgelände noch der nöthige Raum zur Aufstellung einer Dampfspritze und Unterbringung der Gespanne vorhanden sei oder ob eine Vergrößerung nöthig sei.

Herr Stadtrath Bod entgegnet, daß der vorhandene Raum ausreiche. In Betreff der Rettung von Menschen bei Bränden erwidert Rechner Herrn Domde, daß hierzu nicht nur die nöthigen Leitern, sondern auch ein Rettungsgad und Sprungtücher vorhanden seien. Auf eine Anfrage des Referenten entgegnet Rechner, daß die Einrichtungen der hiesigen Wasserleitung ausreichen würden zur Speisung der Dampfspritze.

Herr Petermann ist gegen den Domde'schen Antrag, indem er das Gutachten des Herrn Stadtrath Bod für ausschlaggebend hält. — Bei der Abstimmung wird der Domde'sche Antrag abgelehnt.

Zum Vorsitz der 23. Armen-Kommission wurde Herr Kaufmann Collas, zum Mitgliede der 25. Armen-Kommission Herr Gasthofbesitzer Wodrich gewählt.

Die Eisenbahnsekretär F. A. Hoppe'schen Eheleute haben der Stadt ein Kapital von 900 Mark gegen Uebernahme der Instandsetzung und Pflege von 2 Grabstätten testamentarisch ausgelegt. Das Legat wird angenommen.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung sind ohne wesentliches Interesse und werden den Vorlagen gemäß erledigt. Bis zur nächsten Versammlung werden von wichtigen Vorlagen verlangt: Rückübernahme des Magistrats auf einen Antrag betreffend die Herabsetzung des Schulgeldes in den Mittelschulen und Antrag der Finanzkommission, den Magistrat zu ersuchen, auf Uebernahme der 3 städtischen Gymnasien seitens des Staates hinzuwirken.

Als zweites Gastspielsstück haben die berühmten Meiningener Gäste Schillers größte dramatische Dichtung „Die Wallenstein-Teilge“ gewählt und geht heute, Freitag, „Wallenstein's Lager“ und „Die

Piccolomini“, morgen, Sonnabend, „Wallenstein's Tod“ in Scene. — „Wallenstein's Lager“ entrollt ein fesselndes Bild echt kriegerischen Lebens aus der Zeit des schrecklichen 30jährigen Glaubenskampfes. Zwischen einer Zeltstadt bewegt sich die übermüthige Soldateska in ihren malerischen Trachten, tanzend, singend, spielend und scherzend mit den Marketenbrüdern oder den neugierigen das Lager besuchenden Bauernmädchen. In der hierauf folgenden Darstellung „Die beiden Piccolomini“ sind vornehmlich die große Generalscene und das berühmte Bankett als die bedeutendsten Momente hervorgehoben, welche an faszinirender Wirkung den großen Völkschönen „Cäsar“ gleichkommen.

— Die Betriebs-Einnahme der Stettiner Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft betrug:

im März 1889	M. 28,351.83
im März 1888	M. 27,689.71

1889	+ M. 662.12
bis ult. Februar 1889	+ M. 50.24
mithin bis ult. März 1889	+ M. 712.36

— Landgericht. Strafkammer 1. — Sitzung vom 4. April. — Anfang Mai v. J. erregte die Verhaftung der Inhaber des Weißwaaren- und Wäsche-Konfektions-Geschäfts Gebr. Löwenthal hierseits Aufsehen. Es handelte sich um den Verdacht des betrügerischen Bankrotts und sprach man von kolossalen Summen, um welche die Gläubiger der Firma geschädigt sein sollten. Später wurde die Haftentlassung beschloffen und heute kam die Angelegenheit vor dem Strafrichter zur Erörterung und zwar war gegen die Inhaber der Firma, die Kaufleute Gebr. Isidor und Emil Löwenthal, Anklage wegen einfachen Bankrotts und wegen vollendeten und versuchten Betruges erhoben. Im Speziellen wird denselben zur Last gelegt, daß sie als Kaufleute, welche ihre Zahlungen eingestellt hatten, ihre Bücher so unordentlich geführt haben, daß eine Uebersicht über den Vermögensstand nicht möglich war, daß sie es auch unterlassen haben, die gesetzlich vorgeschriebene Bilanz zu ziehen. Die Betrugsfälle werden darin gefunden, daß die Angeklagten zu einer Zeit, als sie bereits die Ueberzeugung von ihrer Zahlungsunfähigkeit haben mußten, noch Waaren von Fabrikanten kommen ließen resp. den Versuch hierzu machten, ohne die Lieferanten über ihre Vermögensverhältnisse aufzuklären. Die Angeklagten erklärten sich für unschuldig und gab die heutige Verhandlung über die Entwicklung des geschäftlichen Verkehrs ungefähr folgendes Bild: Die Angeklagten, welche früher einzelne Geschäfte für sich hatten, begründeten am 1. Januar 1883 ein gemeinsames Geschäft, bei welchem Isidor L. ca. 10—12,000 Mark einbrachte, während Emil L. mit einem Defizit eintrat. Das Geschäft hatte nicht den erhofften Aufschwung, im Gegentheil, es wurde von Jahr zu Jahr mit einer höheren Unterbilanz gearbeitet, bereits im Dezember 1883 betrug dieselbe 10,000 Mark, im folgenden Jahre schon 17,000 Mark, sie stieg dann auf 46,000 Mark, bis sie im Dezember 1887 die Höhe von 69,000 Mark erreicht hatte. Es wäre unter diesen Umständen nicht möglich gewesen, das Geschäft so lange zu halten, wenn sie nicht von Verwandten in umfangreicher Weise durch Zuschuß von Baargeld und Diskontiren von Wechseln unterstützt worden wären. Als diese Unterstützung aufhörte, mußte am 2. Mai v. J. der Konkurs eröffnet werden. Derselbe ist bisher nicht beendet, doch dürften für die Gläubiger nur 6 1/2—7 Prozent aus der Masse kommen. Ueber die Buchführung sprach der als Sachverständige vernommene Konkursverwalter, Kaufmann Fribe, seine Ansicht dahin aus, daß die Bücher in keiner Weise einen Ueberblick über die Vermögenslage der Geschäftshaber ermöglichen, es vielmehr den Anschein gebot hätte, als ob ein Theil der Bücher im letzten Augenblick für den Konkurs zurecht gestellt wären. Gemäß dieser Aussage hält der Gerichtshof für erwiesen, daß sich die Angeklagten des einfachen Bankrotts schuldig gemacht hätten, dagegen hielt der Gerichtshof den für die Betrugsfälle erbrachten Beweis nicht für erwiesen und erkannte deshalb auf Freisprechung. Wegen des einfachen Bankrotts erkannte der Gerichtshof gegen jeden der Angeklagten auf 3 Monate Gefängniß.

Am 6. November v. J. fand im Saale der Philharmonie eine gefällige Vereinigung des Wahlvereins der deutsch-freisinnigen Partei statt, es traten da verschiedene Redner auf und auch Herr Dr. Dohrn ergriff das Wort und gab einen Rückblick auf politische Thatfachen der Vergangenheit. Der in der Versammlung anwesende, die Aufsicht führende Polizei-Kommissar hatte über die Versammlung Bericht erstattet und war auf Grund dieses Berichtes in einem Passus der Dr. Dohrn'schen Rede Grund gefunden, gegen Herrn Dr. Dohrn Anklage wegen Uebertretung des § 131 des St.-G.-B. zu erheben. Darnach sollte derselbe erkläre oder entstellen Thatfachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt waren, öffentlich behauptet und verbreitet haben, um dadurch Staatseinkünften oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen. Bei seiner heutigen Vernehmung erklärte Herr Dr. Dohrn, daß er die Ausführungen in seiner Rede nicht so gemacht habe, wie sie ihm nach der Anklage zur Last gelegt würden. Auch die Beweisannahme ergab hierüber nichts Belastendes, im Gegentheil, der Gerichtshof nahm an, daß auch dann keine strafbare Handlung vorliege, wenn der Angeklagte die Worte gebraucht hätte, welche ihm von der Anklage zur Last gelegt werden.

Unter diesem Umständen erkannte der Gerichtshof nicht allein auf Freisprechung, sondern legte auch der Staatskasse die dem Angeklagten erwachsenen nothwendigen Auslagen zur Last.

Die Stettiner Schulverwaltung und die preussische Staatsverfassung.

(Fortsetzung.)

Die vom Staate ernannten Schulbehörden sind die Schulabtheilung des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und die Schulabtheilung der Regierungen. Die letztere hat unter sich die beiden Ausfüh-rungsbeamten, den Kreis- und den Lokalschul-inspektor. Mit Hilfe dieser beiden Organe überwachen die Aufsichtsbehörden das gesamte Schul- und Erziehungswesen, welches seinem ganzen Umfange nach staatlich ist.

Schon das Allgem. Landrecht von 1794 stellt diesen Grundzug fest, indem es in seinem 12. Titel des 2. Theils im § 1 bestimmt:

„Schulen und Universitäten sind Beran-staltungen des Staats“, und in den §§ 2 bis 4 über sämtliche Pri-vat-, Pensions- und Erziehungsanstalten ver-ordnet:

ihren „Plan, sowohl in Ansehung der Erziehung als des Unter-richts, zur Genehmigung vorzu-legen“ (hört! hört!).

bzw. sich bestätigen zu lassen, wie die Kinder gehalten und gepflegt, wie die physische und moralische Erziehung der-selben besorgt, und wie ihnen der erforderliche Unterricht gegeben werde.“

Damit nun auch die Gemeinde in Sachen der Erziehung zu ihrem Rechte komme, sind in den Städten die Schuldeputationen, auf dem Lande die Schulvorstände eingerichtet. Ueber die Schuldeputationen verfügt deren Instruktion vom 26. Juni 1811:

„Die Behörden für die inneren und für die äußeren Angelegenheiten des Schulwesens der Städte im allgemeinen sollen nicht ab-geordnet von einander bestehen, sondern es soll, um das Ganze unter eine einfache und harmonische Leitung zu bringen, in jeder Stadt nur eine einzige Behörde für die innern sowohl als für die äußern Verhältnisse ihres Schulwesens unter dem Namen der Schuldeputation errichtet werden.“

Die Vertreter für die innern Angelegenheiten der Volksschule in der Schuldeputation sind entsprechend den Artikeln 23 und 24 der Verfassung und des Schulaufsichtsgesetzes vom 11. März 1872 der Kreis- und Lokalschulinspektor (Herr Dr. Kroska). Ueber den letzteren setzt der Min. Erl. vom 27. Juni 1867 (N. 14444) auseinander:

„Der — — — Lokalschulinspektor hat aber selbstredend seine Stelle nicht über der Schuldeputation, sondern er ist das Or-gan derselben und führt die ihm anvertraute Aufsicht in ihrem Auftrage.“

Die Vertreter der äußern Angelegenheiten der Volksschule in der Schuldeputation sind nach § 2 der Instruktion vom 26. Juni 1811 drei aus dem Magistrat in dieselbe zu entsendende Mitglieder, deren eines Herr Kroska ist, drei Mitglieder aus der Stadtverordnetenversammlung und drei „des Schul- und Erziehungswesens kundige Männer“ aus der Gemeinde. Alle Schuldeputationsmitglieder sind nach § 4 der ge-nannten Instruktion von der Regierung zu be-stätigen. Das letztere ist bei den Mitgliedern anderer Kommissionen der städtischen Verwaltung nicht der Fall. Darum ist nach Artikel 13 der Instruktion vom 20. Juni 1853 zur Ausführung der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und nach dem Min. Erl. vom 2. April 1869 (Erlbl. 1869 S. 243) die Schuldeputation keineswegs, wie die andern städtischen Verwaltungskommissionen nur als Beauftragte des Magistrats anzu-nehmen, sondern als eine besondere, in sich ge-schlossene, mit der Kommunalverwaltung zwar zu-sammenhängende, ihrem Zwecke nach aber der Unterriktverwaltung angehörige In-stitution. Hiernach stellt sich die Schul-deputation als Organ der staatlichen Auf-sichtsbehörde für die inneren und äußeren Angelegenheiten des Schulwesens der Stadt dar, und daraus folgt, daß nicht auch der Magistrat als solches betrach-tet und behandelt werden kann (hört! hört!).

So bestimmt der Min.-Erl. vom 2. April 1869 im Einklang mit der Städteordnung, dem Schulaufsichtsgesetz und der Verfassung das Ver-hältniß der Schuldeputation und des Magistrats zum Unterrichts- und Erziehungswesen.

Die städtischen Behörden haben also über die inneren Angelegenheiten der Schulen gar nicht mit-zureden und keinerlei Verfügun-gen zu treffen.

4) Der Volksschullehrerbefoldungsplan vom 12. Dezember 1885 legt in den §§ 3 bis 7 dem Magistrat das Recht bei, seinerseits vorzuschreiben, welche Prüfungen die Lehrer und Lehrerinnen für die besonderen Schulstellen abzulegen haben und welcher Art ihre Anstellung sein soll.

Auch hierin liegt unweifelhaft eine mehr-fache Verletzung der Verfassung. Denn nach Ar-

tikel 23 haben die öffentlichen Lehrer die Rechte und Pflichten der Staatsdiener, nach Artikel 4 aber sind die öffentlichen Aemter unter Einhal-tung der von dem Gesetz festgestellten Be-dingungen für alle dazu Befähigten gleich-zugänglich und nach Artikel 22 ist jeder zum Lehr-amte befähigt, wenn er seine sittliche, wissen-schaftliche und technische Befähigung den betreffen-den Staatsbehörden nachgewiesen hat, und nach Artikel 24 stellt auch nur der Staat die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an. Nur der Staat hat also das Recht festzustellen, welche Prüfungen ein anzustellender Lehrer zu bestehen hat, der Ma-gistrat hat gar kein Recht, hierüber irgend welche Bestimmungen zu treffen.

Ebenso verstößt der Befoldungsplan gegen diese Verfassungsbestimmungen, wenn er in § 5 Absatz 3 festsetzt, daß auch außerhalb bereits fest angestellte Lehrer in Stettin noch ein Jahr auf Probe angestellt werden sollen. Im geraden Gegensatz hierzu bestimmt der Min.-Erl. vom 6. März 1886 (Erlbl. 1886 S. 403), daß die provisorische Anstellung „in keinem Falle“ über die zur Erprobung und Beobachtung der Lehrer erforderliche Zeit, d. i. bis über die zweite Prü-fung hinaus ausgedehnt werden darf. Nach Ar-tikel 112 der Verfassung aber gelten die ministe-riellen Vorschriften, so weit sie mit der Ver-fassung sich vereinigen, als Gesetze auf dem Ge-biete des Schulwesens. Auch diese Bestimmung des Befoldungsplans verstößt also gegen das Ge-setz und gegen die Verfassung.

Ebenso verstößt es gegen die genannten Ar-tikel der Verfassung, wenn junge Lehrer, welche ihre erste Prüfung bestanden haben, und also nach den Staatsgesetzen anstellungsfähig sind, in Stettin nach dem Befoldungsplan nicht angestellt werden dürfen, sofern sie noch nicht die zweite Prüfung bestanden haben.

Fassen wir die Ergebnisse unserer Unter-suchung zusammen, so stehen also die Bestimmun-gen des Stettiner Befoldungsplanes, namentlich die in den §§ 1, 3—7, 14, 4 enthaltenen Bestim-mungen sowohl mit den Gesetzen, wie mit der Verfassung im Widerspruch und gehören nicht in den Volksschullehrer-Befoldungsplan einer Ge-meinde, sondern es müssen die Bestimmungen solcher Art allein den königlichen Behörden über-lassen bleiben. (Schluß folgt.)

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: 4. Gastspiel des herzoglich sachsen-meiningenschen Hoftheaters. Zum 1. Male: „Wallenstein's Lager.“ „Die Piccolomini.“ — Bellevue-theater: Erster theatralischer Versuch des Fr. Johanna Gadsch. „Der Freischütz.“

Bankwesen.

(Frankfurt a. M. 4 pCt. Stadt-Obligatio-nen von 1884.) Die nächste Ziehung findet im April statt. Wegen des Kursverlusts von ca. 5 1/2 pCt. bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 8 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Leipzig, 4. April. Senatpräsident Dr. Drenkmann erhält bei der Uebernahme des Kam-mergerichtspräsidentiums eine Gehaltsverhöhung von 4000 Mark.

London, 4. April. Die Königin ist mit dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Battenberg gestern Abend in Windsor einge-troffen.

Bukarest, 4. April. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Dekret des Königs, welchem zu-folge der Prinz Ferdinand von Hohenzollern die Titel „Königliche Hoheit“ und „Prinz von Ru-mänien“ führen wird.

Wien, 3. April. Heute Abend wurden starke Erbebenstöße verspürt.

Washington, 3. April. Wie verlautet, wird das Marineministerium die Kohlenstation in Paganago nicht vor Zusammentritt der Samoa-Konferenz errichten.

Wasserstand.

Oder bei Breslau, 3. April, 12 Uhr Mittags, Oberpegel — Meter, Unterpegel + 2,00 Meter. Bieg, 3. April, 7 Uhr Vor-mittags, Oberpegel 5,42 Meter, Unterpegel 3,70 Meter. Glogau, 3. April, 7 Uhr: Vormittags, Unterpegel 3,80 Meter. Fällt. Steinau a. O., 3. April, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,55 Meter. Fällt langsam. — Elbe bei Dresden, 3. April, + 2,25 Meter. Magdeburg, 3. April, + 4,26 Meter.

Bromberg, 3. April. Wasserstand der Weichsel bei Braßmünde am 3. April 6,96 Meter, der Brache bei Bromberg am 3. April, Oberpegel 5,50 Meter, Unterpegel 2,84 Meter, der Neße bei Uch am 2. April 2,50 Meter.

Bromberg, 3. April. Der Kanal ist jetzt wieder in allen Feldern mit Wasser gefüllt, so daß nunmehr der Eröffnung des Schiffsahrts-verkehrs nichts mehr im Wege stehen dürfte.

Posen, 3. April. Was den Wasser-stand der Warthe anbelangt, so wird ein wei-teres Fallen gemeldet. In Posen markierte der Pegel heute Nachmittags 5,68 Meter, in Pogorz-zele 3,85 Meter heute früh, gegen 3,91 gestern Abend, in Schrimm 3,47 heute früh, gegen 3,55 gestern Abend.

Posen, 4. April. Die Warthe ist auf 5,30 Meter gefallen.